

REICHSPRÄSIDENT
UND PARLAMENTARISCHE KABINETTSREGIERUNG

POLITISCHE FORSCHUNGEN BAND 9

Herausgegeben von Dolf Sternberger
Professor an der Universität Heidelberg

PETER HAUNGS

Reichspräsident und parlamentarische Kabinettsregierung

Eine Studie zum Regierungssystem
der Weimarer Republik
in den Jahren 1924 bis 1929



Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH

ISBN 978-3-663-00979-5 ISBN 978-3-663-02892-5 (eBook)

DOI 10.1007/978-3-663-02892-5

Gedruckt mit Unterstützung des
Kultusministeriums von Baden-Württemberg
Verlags-Nr. 053509

© 1968 by Springer Fachmedien Wiesbaden

Ursprünglich erschienen bei Westdeutscher Verlag GmbH · Köln und Opladen 1968.

Meinen Freunden

»Man beobachtet . . ., wie wesensfremd den Anschauungen unseres Volkes auch in seinen fortschrittlichsten politischen Richtungen eigentlich das parlamentarische System erscheint . . . Überall begegnet man dem Mißtrauen, und die Herren kommen vielfach nicht von der Scheu vor der Obrigkeitsregierung los. Sie begreifen nicht, daß die Regierung Blut von ihrem Blute und Fleisch von ihrem Fleische sein muß, daß ihre Vertrauensleute darin sitzen müssen.«

*Hugo Preuß am 8. April 1919
im Verfassungsausschuß
der Weimarer Nationalversammlung*

Inhalt

Vorwort	11
Abkürzungen	13
Einleitung	14
I. Die Verfassungsberatungen über das Regierungssystem ..	22
1. Das von Hugo Preuß vorgeschlagene Regierungssystem	22
2. Preuß und die verfassungspolitischen Vorstellungen Redlobs, Max Webers und Meineckes	29
3. Die Haltung der Parteien zum Regierungssystem	34
4. Zur Theorie und Praxis der Kabinettsbildung (1919 bis 1923)	43
II. Parteien und Koalitionen	52
III. Die Bildung der Reichskabinette von 1924 bis 1929	74
1. Die Bildung des zweiten Kabinetts Marx	74
2. Die Bildung des ersten Kabinetts Luther	82
3. Die Bildung des zweiten Kabinetts Luther	94
4. Die Bildung des dritten Kabinetts Marx	109
5. Die Bildung des vierten Kabinetts Marx	117
Exkurs: Die Übergangsregierung Marx zwischen Rechtskoalition und Großer Koalition	139
6. Die Bildung des zweiten Kabinetts Müller	146
IV. Das Kabinett zwischen Regierungskoalition und Reichspräsident (1924–1929)	161
1. Der Interfraktionelle Ausschuß	161
2. Der Reichspräsident	174
a) Rückblick auf die Amtszeit Friedrich Eberts	174
b) Zur Wahl Paul von Hindenburgs	178
c) Stil der Amtsführung	181

Exkurs: Politische und militärische Führung in der Weimarer Republik (1918–1929)	185
d) Beteiligung am Regierungsprozeß 1925/26	193
3. Das vierte Kabinett Marx – eine Fallstudie	208
a) Die Verlängerung des Republikenschutzgesetzes	213
b) Die Reform der Beamtenbesoldung	217
c) Das Reichsschulgesetz	229
d) Die Zusammenarbeit von Kabinett und IFA 1927/28	238
e) Das Verhältnis von Kabinett und Reichspräsident 1927/28	245
f) Das Kabinett als Kollegialregierung	253
Exkurs: Die Staatssekretäre	264
Ergebnisse	272
Anmerkungen	295
Quellen- und Literaturverzeichnis	355

Vorwort

Aus dem von Professor Dolf Sternberger im Institut für Politische Wissenschaft an der Universität Heidelberg geleiteten Forschungsseminar über Parlamentarische Regierungsweise sind neben Arbeiten über das Regierungssystem der Bundesrepublik auch mehrere historische Studien hervorgegangen; so haben Peter Molt den »Reichstag vor der improvisierten Revolution« und Udo Bermbach in seiner Arbeit über den Interfraktionellen Ausschuß von 1917/18 »Vorformen parlamentarischer Kabinettsbildung in Deutschland« untersucht. An diese beiden Studien schließt die vorliegende unmittelbar an, in der versucht wird, darzulegen, inwiefern es in der Weimarer Republik bei diesen »Vorformen« parlamentarischer Kabinettsbildung und parlamentarischer Regierungsweise geblieben ist. Professor Dolf Sternberger hat mich zu dieser Arbeit ermutigt und ihre Ausarbeitung durch seinen Rat gefördert, wofür ich ihm ebenso herzlich danken möchte wie für ihre Aufnahme in die Reihe der »Politischen Forschungen«.

Karl Dietrich Brachers großes Werk über »Die Auflösung der Weimarer Republik« hat mich bereits zu Beginn meines Studiums zu intensiver Beschäftigung mit diesem ersten Versuch einer parlamentarischen Demokratie in Deutschland angeregt. Damals erschien mir das Verhalten der Weimarer Politiker und Parteien im Vergleich zum stabilen Regierungssystem der Bundesrepublik auf dem Höhepunkt der Ära Adenauer verwunderlich oder befremdlich. Inzwischen ist wohl nicht nur das eigene geschichtliche Verständnis ein wenig gewachsen, sondern haben sich auch die fast schon erstarrt erscheinenden Strukturen des gegenwärtigen deutschen Regierungssystems gelockert. Wenn sich dabei auch »Weimarer« Aspekte zeigen, so scheint es heute

doch berechtigt, darin nicht Signale für eine zwangsläufig zu erwartende politische Katastrophe nach dem Schreckbild der Weimarer Republik sehen zu müssen. Dieses Gefühl der Offenheit der gegenwärtigen Situation mag dazu beitragen, Phänomene und Verhaltensweisen im Bereich des Weimarer Regierungssystems unbefangener in ihrer Eigenständigkeit und begrenzten Bedeutung verstehen zu können, als dies noch vor zehn Jahren möglich war.

Diese Unbefangenheit sollte aber nicht gleichbedeutend sein mit einer Verharmlosung von gemeinsamen Mängeln und Unzulänglichkeiten sowohl des Weimarer wie des gegenwärtigen Regierungssystems, angefangen von der unbefriedigenden inneren Struktur und Arbeitsweise der politischen Parteien bis zum Übergewicht der Verwaltungsbürokratie, der ihr entsprechenden Machtlosigkeit der Parlamente sowie dem unbedeutenden politischen Format des durchschnittlichen Parlamentariers und der mit alledem zusammenhängenden Selbstgenügsamkeit des politischen Lebens.

Daß die Diskussion über diese Struktur­mängel parlamentarischer Regierungsweise heute in der Regel unvoreingenommener, vorsichtiger und pragmatischer als zur Zeit der Weimarer Republik geführt wird, dürfte zu den richtigen und erfreulichen unter den sonst oft etwas kurzschlüssigen Lehren aus den Weimarer Erfahrungen gehören. Der Wert frei gewählter Repräsentationsorgane – die gerade auch in der menschlichen Begrenztheit der Repräsentanten repräsentativ sind – wird heute wohl weniger leicht als damals über technischen Unzulänglichkeiten vergessen. Ich widme dieses Buch, das im Sommersemester 1966 von der Philosophischen Fakultät der Universität Heidelberg als Dissertation angenommen wurde, meinen Freunden, deren Rat und Hilfe ich immer wieder beanspruchen durfte und die mich auch bei dieser Arbeit wesentlich unterstützt haben. Namentlich möchte ich Bernhard Vogel, Christiane und Lutz Niethammer, Hans Fenske und Udo Bernbach nennen.

Danken möchte ich auch all denen, die mir bei der Materialbeschaffung behilflich waren, insbesondere den Beamten des Bundesarchivs in Koblenz und des Deutschen Zentralarchivs in Potsdam.

Heidelberg, am 1. November 1967

Peter Haungs

Abkürzungen

ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
BA	Bundesarchiv in Koblenz
BVP	Bayerische Volkspartei
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
DZA	Deutsches Zentralarchiv in Potsdam
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FVP	Fortschrittliche Volkspartei
GWU	Geschichte in Wissenschaft und Unterricht
HZ	Historische Zeitschrift
IFA	Interfraktioneller Ausschuß
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
OHL	Oberste Heeresleitung
PVS	Politische Vierteljahresschrift
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VJZG	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
WRV	Weimarer Reichsverfassung
WV	Wirtschaftliche Vereinigung
ZGO	Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins